



**SPD-Fraktion im
Niedersächsischen Landtag**

Pressemitteilung Nr. 16-389
vom 01.11.12

Anschrift Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
Telefon 0511/3030-4011/13
Fax 0511/3030-4808
E-Mail SPDPresse@LT.Niedersachsen.de
Internet www.spd-fraktion-niedersachsen.de

www.facebook.com/spd.fraktion.niedersachsen

SPD-Fraktion legt Masterplan gegen ErzieherInnenmangel vor

Die Erhöhung der Krippenplatzzahlen erfordert jetzt und auch in den nächsten Jahren immense Anstrengungen, damit ausreichend Erzieher und Erzieherinnen zur Verfügung stehen. Zudem wird auch zusätzliches Personal für die steigenden Anforderungen an flexible Öffnungszeiten der Kindertagesstätten für die drei- bis sechsjährigen benötigt. Vor dem Hintergrund des steigenden Bedarfs an Erzieherinnen und Erziehern hat die SPD-Landtagsfraktion einen Masterplan erarbeitet, der in der kommenden Woche während der Landtags-sitzung behandelt wird .

Dazu erklärt die stellvertretende Vorsitzende und schulpolitische Sprecherin der Fraktion, Frauke Heiligenstadt: „Nicht nur in Krippen, auch in den Horten steigt der Bedarf. Nicht zu vergessen ist der Bedarf, der sich durch eine zunehmende Ganztagsbetreuung ergeben wird. Durch eine Politik des Stillstandes der Landesregierung hat sich der Beruf der Erzieherin und des Erziehers zum TOP-Mangelberuf in Niedersachsen entwickelt. Dies bestätigt auch eine Prognose des Deutschen Jugendinstituts, wonach in Niedersachsen in Kürze mehr als 5000 Erzieherinnen und Erzieher fehlen werden. Das ist der traurige Spitzenplatz unter den Bundesländern, was die Mangelsituation angeht.“

Das Masterplan umfasst neun Punkte:

1. Vorlegung Analyse zum genauen Personalbedarf in Kindertageseinrichtungen
2. Ausbau der Kapazitäten an den staatlichen berufsbildenden Schulen

3. Einrichtung eines weiteren Studiengangs für das Lehramt mit der Fachrichtung Sozialpädagogik
4. Erhöhung der Studienseminarplätze
5. Verwandte Berufsgruppen für den Beruf des Erziehers /der Erzieherin gewinnen.
6. Falls die Ausbildungskapazitäten an den vorhandenen Schulen nicht ausreichen, sollten in Abstimmung mit der Arbeitsagentur Umschulungsmaßnahmen in Berufsförderungswerken ins Auge genommen werden.
7. Das Land sollte gemeinsam mit allen Akteuren weitere Modelle der Ausbildung erproben.
8. Ausweitung der Fortbildungsmaßnahmen.
9. Gemeinsam mit den Trägern der Einrichtungen sollten Anreize für mehr Vollzeitbeschäftigung geschaffen werden.